



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 8.9.2023
C(2023) 6172 endgültig

Frau Mariya Gabriel
Ministerin für auswärtige Angelegenheiten
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
2, Aleksandar Zhendov Str.
Sofia 1113
Bulgarien

Betreff: Notifizierung 2023/355/BG

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Kontrolle von Betäubungsmitteln und Ausgangsstoffen

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrte Frau,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens nach der Richtlinie (EU) 2015/1535¹ haben die bulgarischen Behörden der Kommission am 8. Juni 2023 den Entwurf „**Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Kontrolle von Betäubungsmitteln und Ausgangsstoffen**“ (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“) notifiziert.

Gemäß der Notifizierungsmitteilung der notifizierte Entwurf *regelt die Art, das Verfahren und die Regeln für den Anbau und die Verarbeitung von Pflanzen der Gattung Hanf (Cannabis), die zur Herstellung von nicht psychoaktiven Produkten bestimmt sind.*

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen vorzubringen.

Die Kommission stellt fest, dass die durch Abschnitt 1 des notifizierten Entwurfs eingeführten Änderungen an Artikel 29 des Basisrechtsakts zu einer Erhöhung der zulässigen Konzentration von Tetrahydrocannabinol (THC) von 0,2 auf 1 Gew.-% THC führen würden, soweit dies den Anbau von Hanfpflanzen „zur Herstellung von nicht

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

psychoaktiven Erzeugnissen bestimmt sind.“ betrifft. Die Kommission stellt ferner fest, dass Abschnitt 2 des notifizierten Entwurfs die Aufnahme folgender Erklärung in Artikel 30 des Basisrechtsakts vorsieht: *mit Ausnahme von Pflanzen und Erzeugnissen aus ihrer Verarbeitung gemäß Artikel 29.* Artikel 30 des Basisrechtsakts enthält ein Verbot der Erzeugung, Verarbeitung, des Handels, der Lagerung, der Einfuhr, der Ausfuhr, der Wiederausfuhr, der Durchfuhr, der Verbringung, des Transports, des Anbietens, des Erwerbs, der Verwendung und des Besitzes von Pflanzen, Drogen und ihrer Zubereitungen, wie sie in der nationalen Liste der Pflanzen und Stoffe aufgeführt sind, die aufgrund der schädlichen Auswirkungen ihres Missbrauchs, des Verbots für den menschlichen Gebrauch und Tierarzneimittel ein hohes Risiko für die öffentliche Gesundheit darstellen. Die Änderungen und Klarstellungen der bulgarischen Behörden in der Notifizierungsmitteilung über den Unterschied zwischen Industriehanf und Marihuana scheinen zu implizieren, dass die unter die Begriffsbestimmung in Artikel 29 fallenden Erzeugnisse nicht als „Drogen“ anzusehen sind.

Die Kommission nimmt ferner Abschnitt 3 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs zur Kenntnis, wonach: *„Haschisch“ ist das mechanisch abgetrennte Harz der Hanfpflanze oder die Hanfpflanze selbst, die mehr als 1 (ein) Gewichtsprozent Tetrahydrocannabinol enthält und einer mechanischen Behandlung unterzogen wird, sodass ihre einzelnen Bestandteile nicht mehr unterschieden werden können.*

Die Kommission erinnert Bulgarien daran, dass die Internationalen Drogenkontrollübereinkommen, insbesondere das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe, geändert durch das Protokoll von 1972,² sowie das Übereinkommen der Vereinten Nationen über psychotrope Stoffe von 1971³ keine THC-Schwelle vorsehen, unterhalb derer Cannabispflanzen und daraus gewonnene Produkte nicht als psychotrope Substanz gelten, bei der es sich um ein Arzneimittel handelt, und somit THC als eigenständige Droge im Sinne des EU-Rechts qualifizieren⁴.

Angesichts der im notifizierten Entwurf vorgesehenen Definition des Begriffs „Haschisch“, die das aus Hanfpflanzen mit einem Gehalt von weniger als 1 % gewonnene Harz von der Einstufung als Drogen ausschließt, möchten wir betonen, dass gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben b und d des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe „Cannabis“⁵ und „Cannabisharz“⁶ als Drogen gelten, gemäß ihrer Aufnahme in Anhang 1 des Übereinkommens.

² Einheits-Übereinkommen über die Betäubungsmittel in der Fassung des Protokolls von 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe von 1961 https://www.unodc.org/pdf/convention_1961_en.pdf

³ Übereinkommen über psychotrope Stoffe https://www.unodc.org/pdf/convention_1971_en.pdf

⁴ Rahmenbeschluss 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über Tatbestandsmerkmale strafrechtlicher Handlungen und Sanktionen im Bereich des illegalen Drogenhandels (ABl. L 335 vom 11.11.2004, S. 8).

⁵ *Blüten- oder Fruchtstände der Cannabispflanze, denen das Harz nicht entzogen worden ist, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Benennung; ausgenommen sind die nicht mit solchen Ständen vermengten Samen und Blätter*

⁶ *das abgesonderte Harz der Cannabispflanze, gleichviel ob roh oder gereinigt*

Darüber hinaus weicht die im notifizierte Entwurf enthaltene Definition von Haschisch von den anwendbaren Definitionen im internationalen und EU-Recht ab und scheint die Verarbeitung von Hanfblüten ohne spezifische Kontrollen außer einer Genehmigung der nationalen Verwaltung zu ermöglichen, wenn der Hanf aus einer Sorte mit einem durchschnittlichen Gehalt von weniger als 1 % THC stammt. Im Einklang mit Artikel 2 des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI⁷ des Rates, müssen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Straftaten im Zusammenhang mit dem illegalen Handel mit Drogen, einschließlich Cannabis und Cannabisharz, wie oben definiert, strafbar sind.

Soweit die Definitionen des notifizierten Entwurfs von den geltenden internationalen Vorschriften abweichen, unterstreicht die Kommission das potenzielle Risiko, dass der notifizierte Entwurf so ausgelegt wird, dass er die Vermarktung bestimmter Erzeugnisse erlaubt, die als „Drogen“ eingestuft werden könnten, was im Widerspruch zu den Bestimmungen des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates stehen würde.

Darüber hinaus nimmt die Kommission Kenntnis von der Bezugnahme in Abschnitt 4 des notifizierten Entwurfs auf die Strategiepläne der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2023-2027. Die Kommission erinnert die bulgarischen Behörden daran, dass das EU-Recht die Förderfähigkeit für GAP-Direktzahlungen⁸ für die Verwendung bestimmter Hanfsamensorten erlaubt und vorsieht, jedoch nur, wenn der THC-Gehalt unter 0,3 % liegt⁹.

Darüber hinaus möchte die Kommission in Bezug auf Endprodukte, die aus Hanf/Cannabis-Pflanzen gewonnen werden könnten, wie in Abschnitt 2 des notifizierten Maßnahmenentwurfs aufgeführt, die Relevanz der sektoralen Rechtsvorschriften hervorheben, insbesondere:

Die Definition des Begriffs „Lebensmittel“ gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002¹⁰ (das Allgemeine Lebensmittelrecht) schließt (in Buchstabe g) „Betäubungsmittel oder psychotrope Stoffe“ im Sinne des geltenden Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe und des UN-Übereinkommens über psychotrope Stoffe von 1971 aus.

⁷ Siehe die Bezugnahme in Fußnote 4

⁸ Die gemeinsame Agrarpolitik, [Die gemeinsame Agrarpolitik: eine Übersicht | Europäisches GAP-Netzwerk \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/agriculture/de/)

⁹ Siehe Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1.

¹⁰ Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit, ABl. EU L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

Die bulgarischen Behörden werden gebeten, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Kerstin JORNA
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU